

Verbeamtung kann nur eine Teillösung sein

Bildungspolitiker Torsten Wolf: Argumente des Landesrechnungshofs wiegen schwer

Seit Jahren wird in Thüringen über die seit 2008 ausgesetzte Verbeamtung von LehrerInnen diskutiert und gestritten. In Zeiten der knappen Stellen und des Personalüberhangs an den Schulen war es kein Problem, die wenigen offenen Stellen im staatlichen Schuldienst entsprechend der benötigten Fächerkombination zu besetzen. Es war aber damals schon absehbar, dass sich diese Situation komplett drehen wird.

„Lehrerinnen und Lehrer mit einer bestimmten Fächerkombination oder Lehrbefähigung, wie z.B. Förderpädagogen, sind heute schon wie Goldstaub von allen Bundesländern begehrt. Für diese dringend benötigten Lehrkräfte kann die Rückkehr zur Verbeamtung ein zusätzliches Zeichen sein, dass sich Thüringen als Arbeitgeber attraktiv im Ländervergleich aufstellt“, unterstrich Torsten Wolf, bildungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE und Mitglied im Haushaltsausschuss.

Doch der Koalitionsvertrag nennt noch mehr Punkte, um die Einstellungsbedingungen so attraktiv wie möglich zu gestalten. Dazu gehören u.a. bessere Bedingungen für Referendare (zweite Phase der Lehrerausbildung). „Hier hat sich Thüringen in den letzten Jahren sogar zurückentwickelt, was u.a. an dem von der CDU zu verantwortendem Besoldungsgesetz



liegt“, konstatierte Torsten Wolf. „Größe auf uns übertragene Probleme gibt es seit Jahren im Übergang von der Universität (1. Phase der Lehrerausbildung) zum Vorbereitungsdienst (Referendariat). Dieser Bereich, in dem es um die Synchronisierung zwischen Abschluss mit Zeugnisausgabe und Bewerbungsende für den Vorbereitungsdienst geht, kann und muss zwischen Bildungs- und Wissenschaftsministerium neu geregelt werden. Durch die jetzige Regelung gehen uns zu viele dringend benötigte gut ausgebildete Lehrkräfte verloren“, gibt Wolf zu bedenken. Die Thüringer Lehrer hätten im Ländervergleich noch attraktive Arbeitsbedingungen. „Bei Lehrerarbeits-

zeit, Abminderungen, Klassengrößen – hier aber nur noch in den ländlichen Regionen – ist Thüringen als Arbeitgeber heute noch gut aufgestellt.“

Es sei richtig, dass sich Thüringen diese Attraktivität erhalten will. Als zentrale Aufgabe stehe das Überprüfen des Stellenabbaupfads der vorherigen Landesregierung hinsichtlich der Notwendigkeit und Realisierbarkeit an. Hier verweist Torsten Wolf auf den Thüringer Monitor 2011, in dem festgestellt wurde, dass sich 96 Prozent der Thüringer gegen Einsparungen im Bildungsbereich aussprachen.

„Da die Stundentafel Bestand haben soll und Thüringen sich weiter auf dem Weg zu einer inklusiven Schule entwickeln will, haben wir im Koalitionsvertrag deutlich verbesserte Regelungen für Seiteneinsteiger und eine Attraktivitätsoffensive für Förderpädagogen vereinbart“, betonte Torsten Wolf.

„Rechnungshofpräsident Dr. Dette hat den Finger in die Wunde gelegt: Attraktivität im Lehrerberuf ist mehr als Verbeamtung. Neueinstellungen entsprechend des Bedarfs zur Erfüllung der Stundentafel an allen Schulen, attraktive Bedingungen für Seiteneinsteiger und Lehramtsanwärter, multiprofessionelle Teams zur Erfüllung des inklusiven Bildungsauftrags und Verbeamtung sind notwendige Bedingungen, damit alle Kinder in Thüringen durch Bildung beste Voraussetzungen für ihr späteres Leben haben“, sagte der LINKE-Bildungspolitiker. ■

Erste bundesweite Studie zum „Gender Pricing“

Im Januar startete im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und nach Beschluss der Verbraucherschutzminister der Länder die erste deutschlandweite Studie zum Thema „Gender Pricing“. Die Studie soll das Phänomen der geschlechtsspezifischen Preisgestaltung bei gleichen Produkten für Frauen und Männer analysieren – Gender Pricing genannt. Ergebnisse der Studie sollen im Herbst 2017 vorliegen.

Erste Stichproben zeigen die Relevanz des Themas: So zahlen Frauen im Bereich der Kosmetik- und Pflegeprodukte bis zu 94 Prozent mehr als Männer. Dieses Missverhältnis wird verstärkt durch die Tatsache, dass Frauen leider in der Regel immer noch deutlich weniger verdienen als Männer.

Mit der Studie, so die verbraucherpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag Diana Skibbe, „wird eine längst überfällige Frage endlich auf wissenschaftlicher Grundlage geklärt. Denn das Thema Gender Pricing wird zwar immer wieder in den Medien behandelt, eine gründliche Untersuchung fehlt aber

bisher sowohl in Deutschland als auch in der EU, es wird die erste Studie dieser Art sein“. Dass die Studie jetzt durch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes begleitet wird, „ist darüber hinaus ein wichtiges politisches Signal“, ergänzte Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion. „Denn Verbraucherschutz ist hier notwendige Aufklärung über geschlechterspezifische Diskriminierung im alltäglichen Konsum.“

500 Produkte werden auf das Vorliegen von geschlechtsspezifischen Preisen untersucht

„Dies sollte nicht nur zu Anlässen wie Weihnachten und Ostern auffallen, wenn Männer beim Kaufen von Geschenken merken, dass sie für ein identisches Produkt deutlich mehr bezahlen, nur weil es auf die Zielgruppe Frauen zugeschnitten ist. Hier ist grundsätzliche Aufklärung und Information notwendig und im Anschluss daran die Frage, welche politischen und rechtlichen Abhilfen gegen Gender Pricing möglich sind“, sagte Karola Stange. Die beiden Abgeordneten be-

grüßten deswegen ausdrücklich die Studie, in deren Verlauf 500 Produkte und Dienstleistungen auf das Vorliegen von geschlechtsspezifischen Preisen untersucht und Handlungsempfehlungen für die Politik erarbeitet werden sollen. „Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Empfehlungen auch auf Landesebene in Thüringen wirksam behandelt und umgesetzt werden“, kündigte Diana Skibbe an. ■

Nebenbei NOTIERT

von Annette Rudolph

Sein und Bewusstsein

„Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewusstsein bestimmt.“ Karl Marx. Immer wieder treffend, im Großen wie im Kleinen.

Nehmen wir die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag und ihre Metamorphose in Sachen Volksbegehren. Wie geradezu verbissen zog sie als Regierungsfraktion gegen alles zu Felde, was sich in Sachen Bürgermitbestimmung regte. Da wurde blockiert, wo es nur ging, und das Weimarer Verfassungsgericht immer wieder angerufen.

Das Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik in Thüringen musste mehrfach Anlauf nehmen, bis die CDU, dann aber schon in Koalition mit der SPD, es nicht mehr ignorieren konnte, und es 2010 schließlich doch in ein Gesetz der Regierungskoalition für eine bessere Familienpolitik in Thüringen mündete. Dass der Trägerkreis des Volksbegehrens unverdrossen Unterschriften gesammelt hatte, brachte den CDU-Abgeordneten Wolfgang Fiedler auf die Palme und er wettete noch zur Verabschiedung des Gesetzes am 29.4.2010 im Landtag: „Man kann natürlich auch das bürgerschaftliche Engagement überziehen.“

In der Opposition sieht die Welt, auch die eines Wolfgang Fiedler, ganz anders aus. Direkte Demokratie ist kein Teufelszeug mehr, wenn es nur gegen Rot-Rot-Grün geht. Selbst fakultative Referenden, also Volksentscheide zu bereits beschlossenen Gesetzen, sollen in die Thüringer Verfassung. Da staunt der Laie, und der Fachmann wundert sich, auch der Finanzvorbehalt, mit dem in Thüringen und auf Betreiben der CDU direkte Mestimmung immer wieder ausgehebelt werden konnte (welches Gesetz ist schon ohne finanzielle Auswirkungen), ist offenbar kein Tabu mehr. Wolfgang Fiedler meinte jetzt jedenfalls: „Wir wollen doch keine Placebo-Gesetze.“ Aha. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.)
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.